

Schleswig-Holstein wählt die Zukunft

Programm für die Landtagswahl
am 13. September 1987

*Voran auf klarem Kurs-
Schleswig-Holstein!*

CDU
SCHLESWIG-HOLSTEIN

PROGRAMM FÜR DIE LANDTAGSWAHL

AM 13. SEPTEMBER 1987

DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Druck: CDU Landesverband

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Politik für Schleswig-Holstein	2
Im Mittelpunkt steht der Mensch	5
 I. WIR GESTALTEN DIE ZUKUNFT SCHLESWIG-HOLSTEINS	 6
Wir sichern den Wirtschaftsaufschwung	6
Wir schaffen neue Arbeitsplätze	8
Wir geben jedem Jugendlichen eine faire Ausbildungschance	9
Wir setzen auf die Kraft des Mittelstandes	10
Wir fördern strukturschwache Landesteile	11
Wir bauen das Forschungs- und Technologieland Schleswig-Holstein	11
Wir garantieren solide Finanzen	14
Wir sichern die Energieversorgung	15
Wir wollen Schiffbau und Schifffahrt für Schleswig-Holstein	16
Wir machen unser Urlaubsland noch attraktiver	16
Wir sorgen für leistungsfähige Verkehrsverbindungen	17
Wir sorgen für menschengerechtes Wohnen in Stadt und Land	18
Wir stehen zu unseren Bauern	19
Wir helfen unserem Wald	21
Wir unterstützen unsere Fischer	22
Wir sind Vorreiter in Natur- und Umweltschutz	22
Wir schützen unsere Gewässer	24
Wir sorgen für saubere Luft	25
Wir fördern die Abfallwirtschaft	25
Wir sichern unsere Küsten	26

II. WIR ARBEITEN FÜR EINE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT	26
Wir setzen auf die Familie	26
Wir eröffnen den Frauen neue Chancen	27
Wir gehen neue Wege mit der Jugend	29
Wir bekennen uns zu einer menschlichen und kindgerechten Schule	31
Wir sorgen für Geborgenheit im Alter	33
Wir bekennen uns zu unserer sozialen Verantwortung	33
Wir fördern die Gesundheit	34
Wir unterstützen den Sport	36
Wir lassen das Kulturland Schleswig-Holstein erblühen	37
Wir sichern eine vielfältige Medienlandschaft	38
Wir garantieren Freiheit, Sicherheit und Recht für alle Bürger	39
Wir bekennen uns zum Wiedervereinigungsgebot	41

Politik für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein steht vor der wichtigsten Landtagswahl seiner Geschichte - einer Richtungswahl von historischer Bedeutung. Am 13. September 1987 entscheidet sich, ob die CDU Schleswig-Holstein ihre erfolgreiche Politik unter Ministerpräsident Uwe Barschel fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen kann oder ob unsere Heimat den Risiken einer rot-grünen Politik ausgesetzt wird. Die Wählerinnen und Wähler unseres Landes stehen vor der Entscheidung: Zukunftsoffenheit oder Zukunftsblockade, Fortschritt oder Rückschritt, Schleswig-Holstein oder Rot-Grün.

Vertrauen in eine gute Zukunft mit der CDU gründet auf Leistung in Vergangenheit und Gegenwart. Deshalb sieht die CDU Schleswig-Holstein der Richtungsentscheidung der Wählerinnen und Wähler zuversichtlich entgegen. Gemeinsam mit allen Bürgern haben wir unser Land auf einen guten Weg gebracht. Probleme haben wir entschlossen und schöpferisch angepackt, neue Ideen entwickelt, Phantasie bewiesen, Initiativen ermuntert, Fragen gestellt und Antworten gegeben. Unsere konsequente Politik für Mensch, Natur und Wirtschaft hat aus Schleswig-Holstein eines der attraktivsten Bundesländer gemacht. Wir haben erreicht, daß

- unsere Wirtschaft modern und international wettbewerbsfähig ist,
- zukunftsorientierte Unternehmen sich zunehmend für Schleswig-Holstein entscheiden,
- neue und hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen,
- unser Land auf dem Wege zu einem bedeutenden Forschungs- und Technologieplatz ist,
- Umweltschutz und soziale Marktwirtschaft sich sinnvoll ergänzen,
- junge Menschen über gesicherte berufliche Zukunftschancen verfügen,

- ehrenamtliches Engagement und soziale Initiativen eine besondere Förderung erfahren,
- unser Land vor einer neuen kulturellen Blüte steht und
- Bürgernähe, Liberalität und Auswahlfreiheit unsere Medienlandschaft bestimmen.

Die Strukturprobleme unseres Landes haben wir tatkräftig angepackt. In schwierigen Jahren

- stehen wir unserer Land- und Ernährungswirtschaft durch flankierende Hilfen partnerschaftlich zur Seite,
- gestalten wir den weltwirtschaftlich bedingten Kapazitätsabbau in der Werftindustrie im Rahmen unserer Möglichkeiten sozial verträglich.

Unsere Zukunft wird nicht frei von Problemen sein. Der tiefgreifende Wandel im Altersaufbau unserer Bevölkerung verlangt von den politisch verantwortlichen Parteien, zum richtigen Zeitpunkt zu handeln, Prioritäten zu setzen und einen fairen Interessenausgleich herbeizuführen. Die CDU Schleswig-Holstein stellt sich dieser Verantwortung.

Die SPD ist demgegenüber aus ihrer Verantwortung für die Menschen unseres Landes ausgestiegen. Sie ist eine Rückschrittpartei. Sie sieht überwiegend nur noch Zukunftsgefahren. Sie verkennt die Chancen politischer Gestaltungsmöglichkeiten und verfügt über keine positive Zukunftsperspektive. Ihr Ausstiegsprogramm hätte den wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Niedergang Schleswig-Holsteins zur Folge. Die SPD will mit den Grünen zusammenarbeiten. Aber die Grünen sind zur Übernahme politischer Verantwortung nicht fähig, weil Grüne Rechtsverletzungen und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ausschließen. Ein rot-grüner Pakt würde

- bestehende Arbeitsplätze gefährden und die Schaffung neuer behindern,
- staatliche Bürokratie vermehren und damit die soziale Marktwirtschaft zurückdrängen,
- technischen Fortschritt ablehnen und damit neue Arbeitsplätze verhindern,
- aus einer sicheren Energieversorgung aussteigen und damit die Umweltprobleme verschärfen,
- das Rechtsbewußtsein schwächen und damit die innere Sicherheit gefährden,
- den Klassenkampf propagieren und damit die Menschen trennen.

Wer für sich in Anspruch nimmt, die Gesellschaft menschlicher zu gestalten, muß bereit und fähig sein, alle Menschen in sein politisches Denken und Handeln einzubeziehen. Er muß Arbeitnehmer und Unternehmer, Frauen und Männer, Jung und Alt zusammenführen. Die einseitig ausgerichtete Politik eines rot-grünen Pakts grenzt dagegen von vornherein Menschen aus.

Sie kann daher den berechtigten Anliegen unserer Mitbürger und ihren vielfältigen Interessen nie gerecht werden. Nur die CDU als Volkspartei der Mitte vermag die unterschiedlichen Interessen gerecht auszugleichen.

Deshalb bitten wir alle schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wähler:

Sprechen Sie der CDU am 13. September 1987 Ihr Vertrauen aus.

Übertragen Sie uns erneut die Verantwortung für Schleswig-Holstein.

Entscheiden Sie für Schleswig-Holstein gegen Rot-Grün - damit unser Land erstklassig bleibt.

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Wir arbeiten für alle Menschen unseres Landes. Wir haben Schleswig-Holstein zu dem entwickelt, was es heute ist: Ein Land, auf das wir stolz sind.

Ein Land, in dem es sich zu leben lohnt. Ein Land, in dem Mensch, Natur und Wirtschaft eine Einheit bilden. Ein Land, das vor einer guten Zukunft steht.

Wir versprechen unseren Bürgern nicht das Paradies auf Erden. Unsere Politik eröffnet aber jedem die Chance, in einer gesunden Umwelt zu leben und zu arbeiten. Aus Verantwortung für die Schöpfung und für künftige Generationen stehen wir für eine Politik, die die Zukunft des Menschen und die Zukunft der Natur sichert. Für dieses Ziel setzen wir unsere ganze Kraft ein:

- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten und Neigungen seinen Lebensunterhalt verdienen kann.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die sich nicht als Eigentümer, sondern als Sachwalter der vom Schöpfer übergebenen Natur versteht.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der es wieder eine Selbstverständlichkeit ist, mit Kindern zu leben und den Wunsch nach Kindern zu verwirklichen.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle gleichberechtigt mitwirken.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die jungen Menschen Orientierung auf dem Weg in eine chancenreiche Zukunft gibt und sie in den Aufbau einer besseren Welt verantwortlich einbezieht.

- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die den älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben garantiert.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft mit überschaubaren Lebensverhältnissen, ausgeprägtem Gemeinschaftsgeist und tatkräftiger Solidarität mit den Behinderten und Schwachen.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die von Optimismus, Zuversicht und Selbstvertrauen getragen ist.
- Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die für die Freiheitsrechte jedes einzelnen Menschen eintritt.

Wir arbeiten für ein

- politisch gefestigtes,
- wirtschaftlich gesundes,
- sozial gerechtes,
- mit der Natur in Frieden lebendes,
- die Minderheiten schützendes,
- in lebendiger Tradition stehendes,
- seinen nationalen Aufgaben und seinen europäischen Verpflichtungen gerecht werdendes

Schleswig-Holstein.

I. WIR GESTALTEN DIE ZUKUNFT SCHLESWIG-HOLSTEINS

Wir sichern den Wirtschaftsaufschwung

Die Lage der schleswig-holsteinischen Wirtschaft festigt sich weiter.

Stetiges Wachstum bei Preisstabilität, günstige Zinsen und solide Staatsfinanzen sowie eine verbesserte Ertragslage der Unternehmen und steigende Einkommen der Arbeitnehmer haben ein festes Fundament für unsere Zukunft geschaffen.

Durch unsere zielgerichtete, verlässliche und marktwirtschaftlich orientierte Politik sind die Voraussetzungen für eine günstige wirtschaftliche Weiterentwicklung stetig verbessert worden.

Unsere Wirtschaft hat heute die Struktur moderner zukunftsorientierter Volkswirtschaften.

Unsere Wirtschaftspolitik zielt auch zukünftig darauf ab,

- dem Wohl des Verbrauchers zu dienen und seine Stellung zu stärken,
- die Investitionsbedingungen für Unternehmen weiter zu verbessern,
- durch die regionale Wirtschaftsförderung Arbeitsplätze dort zu erhalten und zu schaffen, wo die Menschen wohnen,
- die Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur beschleunigt auszubauen,
- die Attraktivität unseres Landes für ansiedlungswillige Unternehmen durch die Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu erhöhen,
- die Bildungs- und Ausbildungspolitik der rasch fortschreitenden technologischen Entwicklung anzupassen,
- leistungsfähige Verkehrsanbindungen in allen Landesteilen zu gewährleisten,
- technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum mit dem Schutz unserer natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen.

Nur mit einer Politik, die sich an diesen Zielen orientiert und für

verlässliche und dauerhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgt, können wir als aufstrebendes Industrieland langfristig bestehen und die soziale Zukunft Schleswig-Holsteins sichern.

Wir schaffen neue Arbeitsplätze

Schleswig-Holstein ist die Nummer Eins auf dem Arbeitsmarkt Norddeutschlands.

Unser Land weist seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Bundesländer auf. Die Erfolge unserer Arbeitsmarktpolitik beruhen gleichermaßen auf unserem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept wie auf unseren flankierenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Insbesondere mit der "Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein", die alle in sie gesetzten Erwartungen weit übertroffen hat, haben wir im Interesse der arbeitssuchenden Menschen in unserem Land neue und unkonventionelle Wege beschritten. Förder- und Weiterqualifizierungsprogramme zugunsten von

- jugendlichen Berufsanfängern, die ihre Ausbildung beendet haben,
- älteren Arbeitssuchenden, die längere Zeit arbeitslos waren,
- schwervermittelbaren Arbeitssuchenden,
- Frauen, die wieder in das Berufsleben eintreten möchten,

eröffnen bis 1989 12.000 bis 15.000 schleswig-holsteinischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen neue berufliche Zukunftsperspektiven und helfen, dort Beschäftigung zu schaffen, wo der Markt einen Bedarf aufweist. Wir wollen die Überstunden im öffentlichen Dienst weiter abbauen.

Der reibungslose Übergang jugendlicher Berufsanfänger von der Ausbildung in die Beschäftigung liegt uns besonders am Herzen. Unsere Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik hat dazu beigetragen, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen stetig zu senken.

In der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sehen wir auch zukünftig unsere vordringliche politische Aufgabe. Dazu zählt auch die Beschreibung neuer Berufsfelder im Natur- und Umweltschutz.

Wir geben jedem Jugendlichen eine faire Ausbildungschance

Schleswig-Holstein behauptet seit 1983 die Spitzenposition im Bundesgebiet bei der Berufsausbildung. Unser Land ist mit den großen Problemen der Ausbildungsversorgung besser fertig geworden als alle anderen Bundesländer. Jeder Jugendliche hat eine faire Ausbildungschance erhalten, weil Wirtschaft und öffentlicher Dienst über den eigenen Bedarf ausbilden. Wir haben

- insbesondere Mädchen und Hauptschülern eine Ausbildung im Rahmen von Sondermaßnahmen des Landes ermöglicht,
- das Angebot in den Eingangsklassen im Vollzeitbereich der beruflichen Schulen auf hohem Niveau gehalten,
- Jugendlichen im Bereich des Jugendaufbauwerkes eine Berufsvorbereitung vermittelt,
- das Angebot an Ausbildungsplätzen bei der Landesregierung Jahr für Jahr gesteigert.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird in den nächsten Jahren Schritt für Schritt zurückgehen. Diese Entwicklung wird zu einer zunehmenden Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt führen.

Wir dürfen dennoch in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Deshalb werden wir uns verstärkt der Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung sowie den Problemen der Berufsanfänger zuwenden.

Wir setzen auf die Kraft des Mittelstandes

Die Erfolge der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sind weitgehend die Erfolge des Mittelstandes. Er bildet Herzstück und Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir setzen auf den Mittelstand, weil er

- eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsstruktur gewährleistet,
- die sich aus dem notwendigen Strukturwandel ergebenden Chancen ergreift,
- neue und zukunftssichere Arbeitsplätze schafft,
- einen entscheidenden Beitrag zu mehr Wettbewerb leistet.

Wir stärken unsere kleinen und mittleren Betriebe aus Handwerk, Handel und Industrie sowie die Freien Berufe durch

- Gewährung von Bürgschaften,
- das Landesexistenzgründungsprogramm für die Errichtung neuer Betriebe,
- das Mittelstandsstrukturprogramm für die Modernisierung und Erweiterung vorhandener Betriebe,
- ein investitions- und ansiedlungsfreudiges Klima in den Gemeinden,
- die Beratungsförderung in den vielfältigen Fragen der Betriebsführung,
- die Unterstützung bei der Erschließung von Exportmärkten,
- Verbesserung ihrer Chancen bei der Auftragsvergabe durch die Öffentliche Hand.

Wir fördern strukturschwache Landesteile

Wir haben durch eine ausgewogene Förderung die Wirtschaftskraft unseres Landes gestärkt und regionale Standortnachteile abgebaut. Wir haben

- zusätzliche Mittel zur bevorzugten Förderung des Landesteils Schleswig und vergleichbar strukturschwacher Gebiete bereitgestellt und dadurch stärker als je zuvor unsere Ausgleichsfunktion wahrgenommen,
- ein 60-Millionen-DM-Programm insbesondere zur Förderung der Westküste gestartet und damit mehr als 1.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen,
- ein Halligprogramm aufgelegt, mit dem die Bewohner der Inseln und Halligen Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes gefunden haben.

Wir werden auch zukünftig jede Möglichkeit wahrnehmen, allen Teilen unseres Landes eine wettbewerbsfähige Entwicklungschance zu sichern. Die Landesprogramme werden wir weiterhin vorrangig in den strukturschwächeren Teilen unseres Landes einsetzen. Zur stärkeren Vertretung unserer Interessen bei der Europäischen Gemeinschaft haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, ein gemeinsames EG-Büro der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen in Brüssel einzurichten.

Wir bauen das Forschungs- und Technologieland Schleswig-Holstein

Neue Technologien sind der Schlüssel zur Zukunft. Gerade die Wirtschaft

Schleswig-Holsteins muß sich technologischen Neuerungen stellen und durch einen ständigen Innovationsprozeß vorhandene Absatzmärkte sichern und neue eröffnen. Die Voraussetzungen zur erfolgreichen Bewältigung dieses Prozesses sind gut. Unser Land verfügt über eine Reihe an der Spitze der technologischen Entwicklung stehender Unternehmen. Wir haben mit unserer konsequenten Förderung von Forschung, Technik und Wissenschaft die Ausrichtung unserer Unternehmen auf zukunftsorientierte, wachstumsträchtige Investitionsbereiche nachhaltig unterstützt, den Technologietransfer gefördert und Wissenschaft und Wirtschaft ermutigt, eng zusammenzuarbeiten.

Neue Techniken sollen nicht gegen, sondern mit den Arbeitnehmern eingeführt werden. Wir treten daher dafür ein, bei Einführung und Anwendung neuer Techniken Betriebs- und Personalräte zu beteiligen. Mit unserer breit angelegten technologischen Offensive haben wir erreicht, daß

- das Zentrum für marine Geowissenschaften "GEOMAR" in Kiel angesiedelt,
- das Forschungszentrum Geesthacht (GKSS) um die Bereiche Umwelt-, Klimaforschungs- und Werkstofftechnik ausgebaut,
- das Institut für Krebsforschung in Kiel errichtet wird.

Zur Stärkung des wissenschaftlichen Potentials Schleswig-Holsteins haben wir

- ein Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen beschlossen,
- den Aufbau der auf privater Initiative beruhenden Nordischen Universität mit Fakultäten in Neumünster und Flensburg unterstützt,
- die Medizinische Hochschule Lübeck aufgrund ihres hohen

wissenschaftlichen Standards zur Medizinischen Universität Lübeck aufgewertet.

Zu unseren Bemühungen um eine Verbreiterung der Forschungs- und Entwicklungsbasis zählen neue Institutionen wie

- das Institut für anwendungsnahe Technologieentwicklung GmbH in Wedel,
- die NU-TECH GmbH für Werkstofftechnik in Neumünster,
- das Medizinische Laserzentrum Lübeck (MLL) GmbH,
- die Informationstechnologie Kiel (ITK) GmbH,
- das in Gründung stehende Institut für Arbeits- und Sozialmedizin der Medizinischen Universität Lübeck.

Weitere Impulse werden von

- den Technologiezentren in Flensburg, Quickborn und Lübeck,
- dem technologieorientierten Gewerbezentrum in Eutin ausgehen.

Der Umweltforschung dienen

- die Errichtung eines Forschungs- und Technologiezentrums in Büsum mit angeschlossenem Ozeaneum sowie einer Biotopanlage,
- Demonstrationsprojekte im Bereich der regenerativen Energiequellen, der Umwelttechnik und der Abfallwirtschaft.

Wir haben alle erforderlichen Schritte eingeleitet, um das Europäische Mikroelektronik-Zentrum JESSI für Schleswig-Holstein zu gewinnen. Damit eröffnet sich die Chance, daß

- allein durch die Gründung des Zentrums tausend neue Arbeitsplätze entstehen,
- hochqualifizierte Wissenschaftler nach Schleswig-Holstein ziehen,

- im Umfeld von JESSI eine vielfältige High-Tech-Zulieferindustrie Beschäftigung findet,
- in Schleswig-Holstein ein Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt von europäischer Bedeutung entsteht.

Der weltweite technologische Strukturwandel stellt Wirtschaft und Politik auch zukünftig vor große Herausforderungen. Wir werden uns dieser wichtigen Aufgabe stellen und Schleswig-Holstein zu einem Land voller Forschung und Technologie ausbauen.

Wir garantieren solide Finanzen

Solide Haushaltspolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze. Unsere Fortschritte auf dem Wege zur Konsolidierung der Landesfinanzen sind unverkennbar. Durch eine enge Begrenzung des Ausgabenanstiegs und durch einen bundesweit beispielhaften Subventionsabbau konnte die Neuverschuldung gegenüber 1983 um fast ein Drittel zurückgeführt werden. Trotz strenger Ausgabendisziplin haben wir dennoch die finanziellen Anstrengungen für landespolitisch so wichtige Aufgaben wie

- die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen,
- den Ausbau Schleswig-Holsteins zu einem attraktiven Standort für Forschung und Technologie,
- die Verbesserung des Umweltschutzes,
- die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation

weiter verstärkt.

Den eingeschlagenen Konsolidierungskurs werden wir konsequent fortsetzen, ohne dabei die wichtigen Zukunftsaufgaben zu ver-

nachlässigen. Zu einer soliden Finanzpolitik gehört auch die Sorge für die kommunalen Finanzen. Wir werden im Finanzausgleich insbesondere die finanzielle Situation der kreisfreien Städte verbessern.

Wir sichern die Energieversorgung

Unsere Energiepolitik dient dem Ziel, die Grundlagen unseres Lebens zu sichern und unserer Verantwortung vor der Schöpfung und für zukünftige Generationen gerecht zu werden. Die Energieversorgung muß sicher, umweltschonend, ausreichend und preisgünstig sein. Dabei gilt: Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit. Wir wollen

- mit den begrenzten Energiequellen weiterhin sparsam umgehen,
- unsere Energieversorgung auf eine breite, gesicherte Grundlage durch Kohle, Kernenergie, Mineralöl und Gas stellen,
- die Anstrengungen zur sinnvollen Energieverwendung, zur Nutzung der Fernwärme und zum Einsatz neuer Energietechnologien fortsetzen und intensiv Zukunftsenergien erforschen, die sozial und wirtschaftlich verantwortbar sind, da wir die Sorgen vieler Menschen ernstnehmen,
- auf die friedliche Nutzung der Kernenergie so lange nicht verzichten, bis andere Energiequellen zur Verfügung stehen, die ebenso sicher, umweltschonend und wirtschaftlich sind.

Der Strombedarf unseres Landes ist durch die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten gesichert. Wir brauchen daher auch keine neuen Kernkraftwerke zu bauen.

Unser Land bietet gute Möglichkeiten für die Windenergienutzung. Wir haben deshalb die Voraussetzungen geschaffen, Schleswig-Holstein zu einem Zentrum der Windenergie auszubauen durch

- die Errichtung von Windparks,
- das Sonne-Wind-Hybrid-System auf Pellworm und das Innovativprojekt Helgoland.

Wir wollen Schiffbau und Schifffahrt für Schleswig-Holstein

Weltweit befinden sich Schifffahrt und Schiffbau in einer schweren Krise.

Für Schleswig-Holstein und die Welthandelsnation Bundesrepublik Deutschland sind Schiffbau und Schifffahrt jedoch unverzichtbar und müssen in ihrem Kern gesichert werden. Wir teilen die Sorgen unserer Bürger an den Werftstandorten um die Arbeitsplätze. Wir haben deshalb gemeinsam mit der Bundesregierung zusätzlich über 260 Mio DM bereitgestellt, um Ersatzarbeitsplätze schaffen zu können. Wir wollen

- in Schleswig-Holstein ausreichende Werftkapazitäten, gerade auch bei den leistungsfähigen und spezialisierten kleineren und mittleren Werften erhalten,
- an den Werftstandorten durch die Bereitstellung von Risikokapital die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze fördern.

Wir machen unser Urlaubsland noch attraktiver

Schleswig-Holstein zählt zu den beliebtesten Urlaubs- und Ferienländern.

Das Fremdenverkehrsgewerbe ist in vielen Landesteilen ein unentbehrlicher Wirtschaftsfaktor. Für die kommenden Jahre hat die Qualitätsverbesserung des Beherbergungsangebotes Vorrang vor der Erhöhung der Bettenkapazität. Wir wollen

- das Fremdenverkehrsangebot noch mehr auf die Nachfrage unserer Gäste ausrichten,
- eine stärkere Abstimmung zwischen Fremdenverkehr und Natur erreichen,
- eine Saisonverlängerung an beiden Küsten und im Binnenland fördern,
- die gerade in unserem Land so vielfältigen Möglichkeiten zur sportlichen und kulturellen Betätigung unterstützen.

Wir sorgen für leistungsfähige Verkehrsverbindungen

Unsere Verkehrspolitik dient allen Bürgern des Landes. Wir haben die Verkehrsverbindungen in Schleswig-Holstein nachhaltig verbessert. Für die Zukunft haben Verbesserung und Ausbau der vorhandenen Verkehrsverbindungen Vorrang. Wir wollen

- die A 23 Itzehoe-Heide und die A 210 Kiel-Rendsburg zügig zu Ende bauen,
- den mit Hamburg vereinbarten vierspurigen Ausbau der Anbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an das Fernstraßennetz vorantreiben,
- die Bemühungen zum Bau einer vierten Röhre für den Elbtunnel unterstützen,
- durch den gezielten Bau von Umgehungsstraßen Gefahrenpunkte weiter abbauen und damit die Wohnumwelt weiter verbessern,
- den Lärmschutz ausbauen.

Bei allen Baumaßnahmen werden wir die Belange des Umweltschutzes besonders berücksichtigen.

Mit dem zwischen Schleswig-Holstein und der Deutschen Bundesbahn geschlossenen Abkommen sichern wir bedarfsgerecht und langfristig den Schienen- und Busverkehr in unserem Land. Unsere Ziele sind eine verbesserte Bedienung im öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene und moderne und leistungsfähige Busverbindungen in allen Teilen des Landes.

Wir wollen

- die Elektrifizierung wichtiger Eisenbahnlinien und damit die Anbindung unseres Landes an das neue ICE-Netz,
- auch auf den übrigen Strecken das Angebot der Deutschen Bundesbahn qualitativ verbessern,
- unsere Regionalflughäfen bedarfsgerecht ausbauen,
- die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen stärken.

Wir sorgen für menschengerechtes Wohnen in Stadt und Land

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben wir Wohnungsnot und Wohnraummangel beseitigt. Jetzt stehen Erneuerung und Modernisierung der wertvollen Bausubstanz und die Wohnungsbestandspflege im Mittelpunkt unserer Städte- und Wohnungsbaupolitik. Wir wollen, daß sich unsere Bürger in unserem Lande wohl und geborgen fühlen. Deshalb werden wir Städte und Dörfer unseres Landes noch lebenswerter gestalten und die erreichte Wohnqualität weiter verbessern. Die öffentliche Wohnungsbauförderung werden wir fortsetzen, um insbesondere jungen und kinderreichen Familien zu helfen, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung zu erwerben. Damit steigern wir die Attraktivität unseres Landes.

Wir haben jährlich in über 50 Städten und Dörfern Gebäude und Ortskerne gestaltet und modernisiert.

Dadurch haben wir insbesondere die mittelständische Bauwirtschaft nachhaltig unterstützt. Mit unserer Städtebauförderung und Dorferneuerung wollen wir

- die gewachsenen Ortsstrukturen erhalten,
- den historischen Bezug der Ortsbilder wieder sichtbar machen,
- Stadt- und Kulturdenkmale sichern,
- Gebäude und Wohnungen weiterhin dem heutigen Standard anpassen,
- das Umfeld der Wohnanlagen noch attraktiver gestalten,
- die ökologischen Bedingungen in den bebauten Bereichen weiter verbessern.

Wir stehen zu unseren Bauern

Schleswig-Holstein ist für uns ohne eine leistungs- und lebensfähige bäuerlich strukturierte Landwirtschaft nicht vorstellbar. Wir verbinden deshalb die Zukunft unseres Landes mit dem Schicksal unserer Bauern. Um unseren Landwirten eine realistische Zukunftsperspektive geben zu können, muß die Agrarpolitik auf ihre ursprünglichen Aufgaben zurückgeführt werden: Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen bei Vermeidung von Überschüssen. Die in einer schweren Krise steckende EG-Agrarpolitik wird diesen Grundsätzen nicht gerecht. Sie vernichtet Zukunft statt Zukunft zu geben. Die radikale und unsoziale Preisdruckpolitik verstärkt die Probleme statt Probleme zu lösen. Wir widersetzen uns dieser Politik. Falsche markt- und preispolitische Entscheidungen der EG-Kommission können wir zwar alleine nicht grundlegend korrigieren. Wir haben aber alle Möglichkeiten genutzt, um die nachteiligen Folgen der EG-Agrarpolitik abzumildern.

Wir haben

- mit dem Landesmilchrentenprogramm für Milchviehbetriebe in Grünlandgebieten mit zu kleinen Garantiemengen zusätzliche Lieferrechte bereitgestellt,
- mit dem Existenzsicherungsprogramm eine große Anzahl bäuerlicher Betriebe konsolidiert, landwirtschaftliche Bodenpreise stabilisiert und die Gebiete für eine extensivere Bewirtschaftungsweise erheblich ausgeweitet,
- mit den Landesmitteln für die Beratung, die Marktstrukturverbesserung und die Absatzförderung die Wettbewerbskraft unserer Bauern gestärkt und ihre Betriebskosten durch die Wasserlastenerstattung gesenkt.

Wir fordern daher eine neue EG- und Bundesagrarpolitik, die sich an folgenden Grundsätzen orientiert

- marktgerechte Nutzung der EG-Agrarmarktordnungen,
- schnelle Umsetzung des sozialen Marktentlastungsprogramms der Bundesregierung auf europäischer Ebene mit ausreichendem regionalen Spielraum,
- Absicherung und Förderung betrieblicher Umstellungen durch leistungsgerechte Ausgleichszahlungen wie den Mehrwertsteuer-ausgleich,
- Bereitstellung zusätzlicher Hilfen für ältere Landwirte bei Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung zur Marktentlastung und für einen sozial vertretbaren Eintritt in den Vorruhestand.

Wir treten für eine Agrarpolitik ein, die den bäuerlichen Familien

- ihr Eigentum und ihre Selbständigkeit sichert,
- ein angemessenes Einkommen gewährleistet,

- ihre Leistungs- und Risikobereitschaft belohnt,
- eine langfristige berufliche Zukunftsperspektive aufzeigt.

Wir werden unser Programm zur Existenzsicherung der Landwirtschaft sowie unsere kostensenkenden Hilfen weiterführen und finanziell absichern. Darüber hinaus werden wir fördern

- die Nutzung und Ausschöpfung von Produktionsalternativen,
- die Ausweitung des Qualitätsgetreideangebotes,
- die weitere Umstellung auf Eiweißpflanzen ohne Überschüsse,
- die Stellung der Landwirtschaft als Rohstofflieferant für industriell-gewerbliche Bereiche durch Forschung und Entwicklung,
- die Leistungen der Landwirtschaft für die Landschaftserhaltung.

Eine moderne Landwirtschaft braucht eine leistungsfähige standortgebundene Ernährungswirtschaft. Landwirtschaftliche Produkte sind ein wichtiger Exportfaktor. Wir werden

- Initiativen und Maßnahmen fördern, um die Qualität der schleswig-holsteinischen Nahrungsmittel weiter zu verbessern,
- unsere Bemühungen für die Erzeugung und Verarbeitung gesunder Lebensmittel fortsetzen,
- unser Programm für die Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle erweitern.

Wir helfen unserem Wald

Wir haben in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein bereits 1.500 Hektar neuen Wald geschaffen. Daneben sind unsere Wälder durch ein vorbildliches Laub- und Mischwaldprogramm ökologisch verbessert worden.

Die Gesundung und der Bestand unserer Wälder ist für uns eine wichtige Aufgabe. Wir werden unser Landeswaldprogramm weiter ausbauen und die Mittel erhöhen für

- die Aufforstung geschädigter Wälder,
- Neuaufforstungen zur Erhöhung der Landeswaldflächen,
- die Förderung der standortgerechten Waldbewirtschaftung in privaten und kommunalen Forsten.

Unser Ziel ist: Ein Drittel mehr Wald in Schleswig-Holstein.

Wir unterstützen unsere Fischer

Wir treten für die Sicherung und Existenz unserer Fischer und der Fischwirtschaft ein. Wir werden

- für die Kutter- und Binnenfischerei unsere Hilfen fortführen und der Entwicklung anpassen,
- die Forschungsvorhaben für die Fischzucht an der Nord- und Ostseeküste unterstützen.

Wir sind Vorreiter im Natur- und Umweltschutz

Unsere Naturlandschaft zu bewahren, die Vielfalt wild wachsender Pflanzen und wild lebender Tiere zu erhalten, ihre Lebensräume zu schützen oder neue zu schaffen, verstehen wir als eine gemeinsame, uns alle verpflichtende Aufgabe.

Wir haben mit einer Vielzahl wegweisender Entscheidungen für den Naturschutz Partei ergriffen. Gemessen am Gesamthaushalt gibt Schleswig-Holstein im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am meisten Geld für den Naturschutz aus.

Unser Naturschutz wird über die Grenzen unseres Landes hinaus als vorbildlich anerkannt. Wir haben mit unserer offensiven Politik bewirkt, daß

- ein Viertel der Naturschutzfläche des gesamten Bundesgebietes in unserem Land liegt und durch personelle Verstärkung neue Naturschutzgebiete zukünftig zügiger als bisher ausgewiesen werden können,
- mit dem "Programm zum Schutz der Natur und zur Verbesserung der Struktur an der schleswig-holsteinisch/mecklenburgischen Landesgrenze" erstmals ein grenzübergreifender Natur- und Landschaftsschutz in realistische Nähe rückt,
- mit dem "Programm zum Schutz der Natur in der Alsterniederung" ein wichtiger Lebensraum für viele gefährdete Arten der Roten Liste gesichert wird,
- mit unserem Biotopschutzprogramm über 400 naturnahe Landschaftsteile wieder geschaffen wurden, die Knicks, Wasserläufe, Feldraine, Waldränder oder Seeufer miteinander verbinden,
- durch unser Landesartenschutzprogramm Tieren und Pflanzen, wie dem Seeadler, dem Uhu, den einheimischen Orchideen, den Pflanzen der Hochmoore, dem Flußkrebis oder der bereits verdrängten Meerforelle, die erforderlichen Lebensräume erhalten bleiben oder neue geschaffen werden,
- durch die Biotopkartierung die Grundlagen für einen sachgerechten Naturschutz und für alle Landschaftsplanungen gewährleistet sind.

Mit dem "Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer" haben wir den größten und schönsten Nationalpark Deutschlands geschaffen und damit eine in der Welt einmalige Wattenlandschaft dauerhaft geschützt.

Unsere Bemühungen, den Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz

aufzunehmen, sind erfolgreich gewesen. Dies wird dazu führen, daß die Verantwortung der Bürger für die Umwelt und ihre Bereitschaft für den Schutz der Natur einen höheren Stellenwert bekommen. Um dieses Verantwortungsgefühl landesweit sichtbar zu machen, haben wir zu "Schleswig-Holsteinischen Umwelttagen" aufgerufen.

Wir schützen unsere Gewässer

Saubere Gewässer sind von unschätzbarem Wert für die Natur, für unsere Bürger und unsere Feriengäste.

Wir verstehen uns als Anwalt für eine saubere Nord- und Ostsee. Wir haben dafür gesorgt, daß

- die Internationale Nordseeschutzkonferenz stattgefunden hat,
- die Bemühungen zur Verbesserung des Schutzes der Nordsee im internationalen Rahmen fortgesetzt werden,
- durch den Bau moderner Abwasseranlagen von unserem Land keine nennenswerte Belastung mehr für Nord- und Ostsee ausgeht,
- Ölverunreinigungen auf See als Folge von Schiffsunfällen erfolgreich bekämpft werden können,
- die Einbringung von Dünnsäure in die Nordsee endgültig eingestellt wird.

Der umfassende Schutz des Grund- und Oberflächenwassers ist für uns die zentrale wasserwirtschaftliche Aufgabe für das nächste Jahrzehnt. Deshalb werden wir

- ein landesweites Grundwasserschutzprogramm aufstellen,
- die Versorgung unserer Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser

- aus Grundwasser durch Ausweisung weiterer Wasserschutzgebiete langfristig sichern,
- die umweltgerechte zentrale Entsorgung der Abwässer im ländlichen Raum sowie die Modernisierung der Hauskläranlagen gezielt fördern,
- die Überwachung von Gewässerbenutzungen weiter intensivieren,
- das Vorsorgeprinzip konsequent durchsetzen, damit Schadstoffe unmittelbar an der Quelle zurückgehalten werden und gar nicht erst in die Umwelt gelangen,
- die ökologische Funktion der Gewässer durch naturnahe Gestaltung der Ufer und unter Einbeziehung der Uferzonen weiter verbessern,
- den Schadstoffeintrag von benachbarten Flächen weiter reduzieren.

Wir sorgen für saubere Luft

Schleswig-Holstein ist Reinluftgebiet. Das muß so bleiben. Zur weiteren Senkung der Schadstoffbelastung der Luft haben wir wichtige Entscheidungen getroffen.

Wir haben

- bei den Betreibern der großen Kohlekraftwerke in Kiel-Ost, Wedel und Flensburg erreicht, daß die geltenden Umweltschutzvorschriften vorzeitig erfüllt wurden,
- ein umfassendes Überwachungssystem zur Messung bestimmter Schadstoffe in der Luft aufgebaut.

Zusätzliche Kohlekraftwerke für Hamburg werden wir in unserem Land nicht zulassen.

Wir fördern die Abfallwirtschaft

Die beste Lösung des Abfallproblems besteht darin, möglichst wenig Abfall entstehen zu lassen. Wiederverwertung geht vor Abfallbeseitigung.

Unser Ziel ist, Abfallprodukte entweder zu vermeiden oder aufzubereiten und wiederzuverwerten.

Wir werden

- die Abfallwirtschaft systematisch ausbauen,
- die Wiederverwertung von Abfallstoffen weiter fördern,
- die Sonderabfallbeseitigung neu ordnen, um uns damit von Sondermülldeponien außerhalb unseres Landes, wie zum Beispiel Schönberg/DDR, unabhängig zu machen,
- Anlagen zur schadlosen Beseitigung und zur Verwertung von Abfällen errichten,
- auf eine Begrenzung von Einwegverpackungen hinwirken.

Wir sichern unsere Küsten

Die Sicherheit der Menschen und Betriebe an unseren Küsten, auf den Inseln und Halligen liegt uns besonders am Herzen.

Wir haben schon drei Viertel unserer Küstenschutzanlagen an Nord- und Ostsee auf den neuesten Stand gebracht.

Wir werden die Deichverstärkung konsequent weiterführen.

Mit Biotopmaßnahmen in den neu eingedeichten Gebieten werden wir sicherstellen, daß Naturschutz und Küstenschutz sich sinnvoll ergänzen.

II. WIR ARBEITEN FÜR EINE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

Wir setzen auf die Familie

Ehe und Familie als Gemeinschaft auf Lebenszeit haben für uns eine

herausgehobene Bedeutung. Diese Lebens- und Erziehungsgemeinschaft ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung. Deshalb setzen wir uns für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft und Arbeitswelt ein.

Wir haben die Rahmenbedingungen für unsere Familien entscheidend verbessert

- in der Familienbildungsarbeit durch ein flächendeckendes Netz von Familienbildungsstätten und ein Angebot an Familienseminaren,
- mit der Beratung für Familien in besonderen wirtschaftlichen Notlagen sowie der Beratung von Eltern behinderter Kinder,
- mit dem Ferienangebot für Familien mit geringem Einkommen,
- durch die Stiftung "Familie in Not", die Familien und Alleinerziehenden mit Kindern und alleinstehenden schwangeren Frauen hilft,
- durch ein ausgebautes Kindergartennetz.

Wir werden die Familienförderung in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es wieder eine Selbstverständlichkeit ist, mit Kindern zu leben.

Wir eröffnen den Frauen neue Chancen

Die Frauenpolitik gehört zum Kernstück unserer Gesellschaftspolitik. Sie ist eine Politik, die den verschiedenen Lebenssituationen von Frauen Rechnung trägt.

Unsere Frauenpolitik beruht auf

- Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft,

- Gleichberechtigung von Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Wahlfreiheit, weil wir den Frauen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben zu gestalten haben,
- Orientierung am Alltag der Frauen: der jüngeren und der älteren Frauen, der Alleinerziehenden, Alleinstehenden und der Witwen, der abhängig Beschäftigten und der Selbständigen, der Frauen in der Landwirtschaft und der mithelfenden Familienangehörigen.

Unser Staat und unsere Gesellschaft beruhen auf der gemeinsamen Arbeit von Frauen und Männern. Ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden.

Deshalb haben wir

- mehr als 11 Mio DM für das "Technologieprogramm für Mädchen und Frauen" bereitgestellt, um die berufliche Erstausbildung für Mädchen an den berufsbildenden Schulen zu verbessern und Frauen durch ein Wiedereingliederungsprogramm im Umgang mit modernen Techniken neue Chancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen,
- die Einrichtung von Müttertreffs und Mädchencafés unterstützt und dadurch das Selbstvertrauen von Mädchen und Frauen gestärkt,
- durch flexiblere Öffnungszeiten der Kindergärten für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für berufstätige Mütter und Väter gesorgt.

Wir wollen

- mehr Frauen die Übernahme politischer Verantwortung ermöglichen,

- neue frauenpolitische Akzente setzen, indem wir konsequent für die Interessen der Frauen eintreten, die Beruf und Familie miteinander verbinden wollen,
- Frauen, die nach der Zeit der Kinderbetreuung und Familientätigkeit wieder in das Berufsleben zurückkehren wollen, durch qualifizierende Wiedereingliederungsprogramme gezielt fördern,
- die Startchancen von Mädchen im Berufsleben durch zukunftsweisende Ausbildungsangebote verbessern.

Wir gehen neue Wege mit der Jugend

Unsere Gesellschaft ist auf die Mitwirkung der jungen Menschen angewiesen. Deshalb ist es unser Ziel, daß junge Menschen sich frei entfalten können und für sich und andere verantwortlich handeln lernen. Wir haben die Zukunftschancen junger Menschen entscheidend verbessert. Die Jugendlichen bekennen sich wieder zu Leistung und Beruf. Sie nutzen die Chancen neuer Techniken und engagieren sich für das Gemeinwesen. Wir werden auch zukünftig auf Mitverantwortung und Eigeninitiative der jungen Generation setzen.

Wir nehmen die Fragen und Sorgen der jungen Menschen ernst. Wir werden auch in den nächsten Jahren

- die beruflichen Chancen der jungen Menschen durch Ausbildung in Berufen mit Zukunft sichern,
- die Grundwerte politischen Handelns sichtbar machen, indem wir vor allem die staatsbürgerliche Bildung verstärken,
- den Dialog mit unserer jungen Generation offen und ehrlich führen.

Wir unterstützen die Jugendverbandsarbeit, weil sie in besonderer Weise

Freiwilligkeit, Vielfalt und Eigenverantwortung stärkt. Daneben müssen auch Angebote der offenen Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Wir treten für ein stärkeres Zusammenwirken von Jugendverbandsarbeit und offener Jugendarbeit ein.

Wir werden auch künftig die Jugendverbandsarbeit fördern, für eine Verbesserung der offenen Jugendarbeit eintreten und zu einer Weiterentwicklung beitragen. Im Bereich der offenen Jugendarbeit wollen wir

- Ausweitung der Angebote und Verbesserung der Inhalte,
- ausgewogene Verhältnisse von haupt-, neben- und ehrenamtlich Tätigen,
- stärkere Verflechtung von verbandsbezogener und offener Jugendarbeit,
- stärkere Einbeziehung anderer Bereiche in die Jugendarbeit,
- flächendeckende Einrichtung von "Technologieclubs", wobei eine fachgerechte Betreuung sicherzustellen ist.

Die von uns im Jahre 1983 errichtete Jugendstiftung des Landes Schleswig-Holstein hat vor allem in drei Arbeitsbereichen viel geleistet:

- Förderung der freien Jugendarbeit, z.B. Straßensozialarbeit, Begegnungen junger Menschen aus Dänemark, Polen und Schleswig-Holstein,
- landesweite Verbesserung der praktischen Durchführung des Jugendschutzes,
- Maßnahmen zur Betreuung jugendlicher Arbeitsloser und damit Ansprechpartner für Arbeitslose und Sozialarbeiter in ganz Schleswig-Holstein.

Wir wollen zukünftig

- eine spezielle Förderung der Jugendkultur, wie zum Beispiel die Einrichtung von Jugendkulturtagen,

- die internationale Jugendbegegnung stärken,
- die Aufstockung des Stiftungskapitals, um die finanzielle Unabhängigkeit der Jugendstiftung zu erreichen.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein nahezu flächendeckendes Netz von Jugendschutzbeauftragten geschaffen. Wir werden den bisher eingeschlagenen Weg weitergehen und vor allem die Arbeit zwischen den Kreisen, den kreisfreien Städten und unserem Landesjugendschutzbeauftragten verbessern.

Im Vorfeld der Heimerziehung haben wir in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche Politik betrieben. Wir werden auch in Zukunft die Arbeit im Vorfeld der Heimerziehung fördern durch

- Erziehungsberatungsstellen,
- hauptamtliche Erziehungsbeistände,
- Pflegefamilien,
- neue Wege zur Stärkung der Erziehungskraft der Familien.

Wir werden aber auch für diejenigen Minderjährigen, für die die Heimerziehung unumgänglich ist, die Landesjugendheime und die Heime freier Träger weiter nach modernen sozial- und heilpädagogischen Gesichtspunkten gestalten.

Wir bekennen uns zu einer menschlichen und kindgerechten Schule

Kinder und Jugendliche können nur dann selbstbewußt aufwachsen, wenn die Bildungswege ihren Begabungen und Leistungsmöglichkeiten entsprechen. Unser gegliedertes Schulwesen ist darauf abgestimmt, unterschiedlichen Begabungen gerecht zu werden, und bietet dafür vielfältige Bildungswege. Wir bekennen uns unverändert zum bewährten gegliederten Schulsystem. Wir sind gegen weitere Gesamtschulen in Schleswig-Holstein.

Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, daß

- unsere Schule kindgerecht und menschlich bleibt, in ihrer Größe überschaubar ist, die Freude am Zusammenleben und an der Leistung für sich selbst und die Gemeinschaft fördert,
- die Durchlässigkeit unseres gegliederten Schulwesens weiterführende Bildungschancen sichert,
- Schule neben Wissen auch gemeinsame Werte und Normen vermittelt und den jungen Menschen auf Verpflichtung in der Gemeinschaft vorbereitet,
- bestehende Schulstandorte so weit wie möglich erhalten bleiben.

Durch die neuerstellten Lehrpläne für allgemeinbildende Schulen haben wir die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Einheit geistiger, humaner und kultureller Bildung geschaffen. Wir wollen die Qualität des schleswig-holsteinischen Abiturs sichern. Wir wollen, daß unsere Bildungseinrichtungen noch stärker als bisher die jungen Menschen an die Leistungsanforderungen, die im späteren Berufsleben an sie gestellt werden, schrittweise und altersgemäß heranzuführen.

Der sach- und verantwortungsgerechte Umgang mit den modernen Techniken ist den Jugendlichen, insbesondere den Mädchen und jungen Frauen in unseren Berufsschulen vermittelt worden. Wir werden unsere Anstrengungen gemeinsam mit den ausbildenden Betrieben fortsetzen und dabei am dualen System der Berufsausbildung festhalten. Die Partnerschaft zwischen Betrieb und Schule, die enge Verknüpfung von Praxis und Theorie, sind die beste Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben.

Die technologischen Entwicklungen führen auch zu neuartigen Ansprüchen an Lehreraus- und -fortbildung, die wir gemeinsam mit den Pädagogen erfüllen wollen. Dabei werden wir die Zusammenarbeit von Hochschule, Schule und Wirtschaft künftig noch stärker fördern.

Wir werden nach Möglichkeiten für den Wiedereinstieg von Akademikern suchen.

Wir sorgen für Geborgenheit im Alter

Unsere Gesellschaft ist nur dann menschlich, wenn sie unseren älteren Menschen ein gesichertes und sinnerfülltes Leben bietet. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung für ihre Lebensleistung.

Sie haben wichtige Grundlagen für uns geschaffen und haben Anspruch auf materielle Sicherung im Alter, auf Hilfe bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, wobei Verbesserungen für die ambulante Versorgung und häusliche Pflege Vorrang vor der stationären Versorgung haben. Unsere Politik für die älteren Mitbürger darf sich darin aber nicht erschöpfen.

Die meisten möchten auch nach dem Eintritt in den Ruhestand ihre Erfahrungen und Kenntnisse nutzen, erweitern und weitergeben. Dieses wollen wir ideell und materiell unterstützen. Unsere Bildungsangebote für ältere Menschen - wie in privaten Kursen, Volkshochschulen, Familienbildungsstätten und an der Universität - sorgen für die Erhaltung der geistigen Leistungsfähigkeit im Alter, wecken neue Interessen und ermöglichen soziale Kontakte und aktive Betätigung. Wir werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, daß unsere älteren Mitbürger am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.

Wir bekennen uns zu unserer sozialen Verantwortung

Leitbilder für unsere Sozialpolitik sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Unser Grundatz ist Hilfe zur Selbsthilfe. Deshalb haben für uns Unterstützung durch Familie, Nachbarn und freie Verbände Vorrang vor staatlicher und kommunaler Hilfe.

Wir wollen Möglichkeiten der eigenverantwortlichen und selbständigen Lebensgestaltung für unsere behinderten Mitmenschen nachdrücklich fördern.

Deshalb haben wir 1984 das Soziale Bürgerprogramm ins Leben gerufen und seither finanziell kräftig aufgestockt.

Wir haben dadurch

- die Betreuung hilfebedürftiger Menschen zu Hause, auch durch die Mithilfe von Sozialstationen, verbessert; sie können so länger in ihrer vertrauten Umgebung bleiben,
- die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände gestärkt,
- die freiwillige ehrenamtliche Mitarbeit unterstützt.

Wir werden diesen bewährten Weg weitergehen.

Darüber hinaus haben wir für unsere behinderten Mitmenschen

- ein flächendeckendes Netz von Sonderkindergärten geschaffen,
- das Angebot an Werkstattplätzen und Wohnheimen für Behinderte erweitert.

Wir werden

- die Zahl der Werkstattplätze in den nächsten Jahren weiter erhöhen,
- darauf hinwirken, daß auch Plätze außerhalb von Werkstätten, z.B. in Gewerbebetrieben, geschaffen werden,
- neben den Wohnheimen für Behinderte auch andere Wohnformen fördern,
- den Anteil derjenigen, die mit ambulanter Betreuung wohnen, deutlich steigern.

Wir fördern die Gesundheit

Die Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter des Menschen. Sie zu

erhalten setzt gesunde Lebensführung und Selbstverantwortung voraus. Krankheitsvorsorge wie auch die Früherkennung von Krankheiten sind dabei sehr wichtig. Deshalb setzen wir nachdrücklich auf die Eigenverantwortung des freien Bürgers. Unsere Gesundheitsinitiative "Mach mit - bleib gesund und fit" soll den Menschen dabei helfen. Außerdem werden wir die gesundheitliche Aufklärung fortsetzen. Dazu wird das neugeschaffene Institut für Arbeitsmedizin einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir haben in Schleswig-Holstein eine hervorragende flächendeckende Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte. Wir werden weiter eintreten

- für den Grundsatz der Selbstverwaltung,
- für das Recht der Heilberufe auf freie Niederlassung und freie Berufsausübung,
- für soziale Verantwortung bei wirtschaftlicher Vernunft im Interesse der Kranken wie auch der Beitragszahler.

Unser Leitbild ist der Arzt, der neben der medizinischen Behandlung die menschliche Zuwendung gegenüber dem Patienten nicht vergißt. Dies werden wir in der Aus- und Weiterbildung insbesondere des Arztes für Allgemeinmedizin berücksichtigen. Die ambulante Behandlung hat für uns weiterhin Vorrang vor der stationären Behandlung. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Fachgebiete und die Erprobung neuer Formen, z.B. der Praxiskliniken.

Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, ortsnahe, finanziell tragbare Krankenhausversorgung in Schleswig-Holstein. Wir haben die Versorgung unserer Bevölkerung durch leistungsfähige Akut- und Fachkrankenhäuser sichergestellt, z.B. durch die Aufstockung der finanziellen Mittel für

Krankenhausinvestitionen. Durch die Bettenpauschale haben wir die Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Krankenhäuser erhöht. Wir werden die Krankenhausplanung nach diesen Grundsätzen fortschreiben.

Wir wollen den einzelnen Menschen, auch den psychisch Kranken, zur eigenständigen Lebensführung befähigen, damit er in seiner ihm vertrauten Umgebung leben kann.

Wir werden deshalb

- ortsnahe Einrichtungen zur ambulanten, teilstationären und stationären Betreuung psychisch Kranker schaffen,
- die Bedeutung der Landeskrankenhäuser als moderne psychiatrische Fachkrankenhäuser erhalten.

Darüber hinaus werden wir die Suchtmittelbekämpfung weiter fördern und für die Bekämpfung neuer Krankheiten menschliche Rahmenbedingungen schaffen. Aufgrund des gegenwärtigen Wissensstandes über die Bekämpfung von Aids sprechen wir uns für eine nichtnamentliche Meldepflicht aus.

Wir unterstützen den Sport

Sport ist gesundheits- und gemeinschaftsfördernd. Daneben führt Sport auch zur Selbstdisziplin und trägt zur Freizeitgestaltung bei. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Sport zum Wohle unserer Bürger zu fördern und setzen uns für einen Interessenausgleich zwischen Sport und Umweltschutz ein.

Wir wollen

- die offene und faire Partnerschaft mit dem Landessportverband, den

- Vereinen und Verbänden weiterführen,
- den Sportverkehr mit der DDR ausbauen,
- den Sport für behinderte Menschen fördern,
- unseren Spitzensportlern eine gute Vorbereitung auf nationale und internationale Wettkämpfe sowie auf die Olympischen Spiele ermöglichen.

Wir lassen das Kulturland Schleswig-Holstein erblühen

Wir wollen auch weiterhin das reiche kulturgeschichtliche Erbe Schleswig-Holsteins bewahren, für künftige Generationen sichern und das kulturelle Angebot in allen Landesteilen eindrucksvoll erhöhen. Deshalb haben wir unser Engagement auf allen Gebieten von Kunst und Kultur erheblich verstärkt. Eckpfeiler unserer vielfältigen Aktivitäten sind

- das Kulturprogramm für die achtziger und beginnenden neunziger Jahre,
- die Gründung der "Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein",
- das Denkmalpflegeprogramm zum Schutz der vielfältigen historischen Bausubstanz unseres Landes,
- das "Schleswig-Holstein Musik Festival", das bereits im ersten Jahr internationale Anerkennung gefunden hat.

Wir haben

- das Wikinger-Museum Haithabu errichtet,
- den Kreuzstall im Schloß Gottorf wieder hergestellt,
- das Kloster Cismar zu einem erstrangigen kulturellen Zentrum ausgebaut,
- unwiederbringliche Kulturgüter wie die Schlösser in Plön, Reinbek, Ahrensborg, Husum und Glücksburg der Nachwelt erhalten,

- das Nissenhaus in Husum und das Landwirtschaftsmuseum in Meldorf eröffnet,
- die Musikhochschule Lübeck durch die Sanierung alter, denkmalgeschützter Häuser erweitert,
- die Kunsthalle zu Kiel wieder eröffnet.

Wir werden in den kommenden Jahren Kunst und Kultur weiter fördern, z.B. durch

- den Bau einer Musik- und Kongreßhalle in der Hansestadt Lübeck,
- ein Inselmuseum auf Helgoland,
- den weiteren Ausbau unserer Museen, auch unter Einbeziehung neuer inhaltlicher Schwerpunkte,
- die Orchesterakademie, die ihren Sitz im Herrenhaus Salzdahlum haben wird.

Wir sichern eine vielfältige Medienlandschaft

Wir bekennen uns zur Meinungs- und Informationsfreiheit, die durch eine Vielfalt von Presse, Rundfunk und Fernsehen gesichert ist. Sie ist Voraussetzung für unsere Demokratie. Aus diesem Grunde werden wir unsere Medienpolitik fortsetzen, die einer freien und mündigen Gesellschaft entspricht.

Unsere Medienpolitik hat die Rundfunkfreiheit verwirklicht und damit mehr Liberalität und größere Vielfalt sowie mehr Auswahlfreiheit ermöglicht.

- Wir haben mit einem liberalen und bürgernahen Rundfunkgesetz die grundlegenden Voraussetzungen für die Veranstaltung von privatem Rundfunk geschaffen. Ohne dieses Gesetz hätte Radio Schleswig-Holstein den Sendebetrieb nicht aufnehmen können.

- Mit dem Abschluß des Norddeutschen Satellitenstaatsvertrages haben wir einen weiteren Schritt eingeleitet, damit auch die moderne Satellitentechnik im Sinne einer bürgerfreundlichen Medienordnung von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung genutzt werden kann.
- Der von den Ministerpräsidenten der Länder unterschriebene Medienstaatsvertrag hat unsere Politik bestätigt, indem unser Landesrundfunkgesetz in vielen Fällen Pate gestanden hat und der norddeutsche Satellitenvertrag nahtlos übernommen worden ist.

Wir werden auch künftig zu mehr Meinungsvielfalt und einem abwechslungsreichen Angebot in den Rundfunk- und Fernsehprogrammen beitragen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Werbezeiten in den öffentlich-rechtlichen Programmen begrenzt sind, um diese Einnahmemöglichkeit auch für die privaten Presseunternehmen sicherzustellen.

Wir wollen, daß auch die privaten Zeitungsunternehmen, wie auch alle anderen Unternehmen, sich an der Entwicklung der neuen Medien beteiligen können.

Wir garantieren Freiheit, Sicherheit und Recht für alle Bürger

Wir bekennen uns zu unserem Staat und seiner Rechtsordnung, die die freie Entfaltung des Einzelnen und das solidarische Zusammenwirken in der Gemeinschaft sichern.

Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung. Die Gemeinden, Städte und Kreise tragen eine besondere Verantwortung für die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes, in dem der Bürger seine Heimat findet.

Wir treten ein für den Schutz der Rechte unserer Bürger. Der Staat muß fähig sein, seine Bürger vor gewalttätigen Übergriffen auf Leib und Leben, Freiheit und Eigentum zu schützen. Er muß die vom Parlament beschlossenen Gesetze entschieden durchsetzen.

Wir stehen zum Recht auf friedliche Demonstration als Ausdruck demokratischer Meinungsäußerung.

Wirksamer Rechtsschutz erfordert eine weitere materielle und personelle Stärkung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Polizei.

Wir wollen das Rechtsbewußtsein unserer Bürger stärken. Wir werden staatsbürgerliche Bildung und Rechtskundeunterricht an den Schulen fördern. Straffällig gewordenen Mitbürgern soll eine faire Chance geboten werden, sich in die Gemeinschaft wieder einzugliedern. Wir werden die Voraussetzung für einen humanen und erzieherischen Strafvollzug weiter verbessern.

Wir brauchen und fördern einen sorgfältig ausgebildeten, gut organisierten und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst. Falls das Vorruhestandsgesetz verlängert wird, treten wir für eine Vorruhestandsregelung auch im öffentlichen Dienst ein. Wir wollen das Personalvertretungsgesetz überarbeiten.

Wir stehen zu den Soldaten der Bundeswehr und zu den Beamten des Bundesgrenzschutzes.

Wir anerkennen den ehrenamtlichen Dienst von mehr als 65.000 Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in den Feuerwehren, den anderen Hilfsleistungsorganisationen und den Regieeinheiten des Katastrophenschutzes. Wir fördern auch weiterhin ihre Arbeit und unterstützen sie nachhaltig.

Aufgabe der Rechtsordnung ist es, Wissenschaft und Forschung die erforderlichen Grenzen zu setzen. Bei künstlichen Befruchtungen und der Gentechnologien treten wir für Regelungen ein, die die Wahrung der Würde des Menschen sicherstellen.

Für uns ist das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Um den Fortbestand dieses Rechts auch für die Zukunft zu sichern, werden wir uns auch künftig einsetzen

- für eine zügige Entscheidung über die Asylgewährung,
- für eine konsequente Bekämpfung des Asylmißbrauchs und
- für eine schnelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Wir bekennen uns zum Wiedervereinigungsgebot

Ziel unserer Deutschlandpolitik bleibt es, die Teilung Deutschlands zu überwinden und dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiederzuerlangen. Für uns ist die Deutsche Frage offen.

Niemand hat das Recht, für die Deutschen, die in Unfreiheit leben, auf die Selbstbestimmung zu verzichten.

Wir wollen

- das Interesse unserer Jugendlichen für die gemeinsame deutsche Kultur- und Geistesgeschichte fördern und damit das Bewußtsein zur Einheit der Nation stärken,
- im Rahmen des Kulturabkommens den kulturellen Austausch, die Begegnung zwischen den Menschen sowie die Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der DDR erweitern und den ungehinderten Austausch von Informationen und Meinungen durchsetzen,

- die Arbeit der Vertriebenenverbände, wie z.B. durch den Aufbau des Pommernzentrums, weiterhin fördern,
- über die innerdeutsche Grenze hinweg eine intensivere Zusammenarbeit auf den Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes,
- den innerdeutschen Reiseverkehr in beide Richtungen weiter verbessern; insbesondere müssen mehr Landsleuten aus der DDR Besuche ermöglicht werden,
- mehr Übergänge für den Kleinen Grenzverkehr in Schleswig-Holstein, auch für Motorräder und Fahrräder,
- den Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR und den Aussiedlern besondere Förderung und Unterstützung geben.

Notizen:

212011 16-2 SH

1987

Herausgeber:
CDU-Landesverband
Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Kastanienstr. 27
2300 Kiel